Kongress-Resolution des SMUV

Der Schweizerische Metall- und Uhrenarbeiter-Verband (SMUV) bekräftigt an seinem ordentlichen Kongress vom 28. bis 31. Oktober 1970 in Lausanne seine Entschlossenheit, die Interessen der Arbeitnehmer, insbesondere seiner Mitglieder, in allen Lebensbereichen zu wahren. Er verlangt, dass durch geeignete Massnahmen alle noch bestehenden gesellschaftspolitischen Diskriminierungen beseitigt werden. In diesem Sinne fordert der Kongress eine beschleunigte Weiterentwicklung und Vertiefung des Mitsprache- und Mitbestimmungsrechtes der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaft im Betrieb, in der Branche wie in der gesamten Wirtschaft.

Die rasche Veränderung in der Produktionstechnik sowie die zunehmenden nationalen und multinationalen Verflechtungen und Konzentrationen in Industrie und Finanz erhöhen die Unsicherheiten für die Arbeitnehmer und ihre Familien. Der Kongress fordert deshalb tragfähige und existenzsichernde vertragliche und, soweit notwendig, gesetzliche Massnahmen. Durch eine kostenlose und einkommenssichernde, von der öffentlichen Hand geförderte Weiterbildungs- und Umschulungspolitik auf paritätischer Grundlage muss die Mobilität der Arbeitnehmer verbessert werden.

Der Wandel unserer Wirtschaft und Gesellschaft erfasst vor allem auch die Jugend. Sie steht deshalb ganz besonderen Problemen gegenüber, die einer Lösung harren. Die Lehrlinge und die jungen Arbeitnehmer fordern eine Reform des gesamten Bildungssystems, die die Stufen der Vor-, Aus- und Weiterbildung aufeinander abstimmt. Die Lehrverhältnisse sind unter Beachtung der staatlichen Vorschriften den Gesamtarbeitsverträgen zu unterstellen, so dass sie paritätisch überwacht werden können. Es ist notwendig, den jugendlichen Arbeitnehmern auf allen Ebenen im Rahmen der sie betreffenden Probleme das Mitsprache- oder Mitbestimmungsrecht einzuräumen. Der SMUV unterstützt alle diese Bestrebungen und will mit der Jugend diese notwendigen Verbesserungen erkämpfen.

Die von den Gewerkschaften seit jeher bekämpfte, zu weit gehende Zulassungspraxis für ausländische Arbeitskräfte in früheren Jahren erfordert heute, im Interesse einer bevölkerungspolitischen Entspannung schmerzhaft Eingriffe des Bundes. Der Kongress erwartet, dass die Probleme, die unsere ausländischen Kollegen beschäftigen, rasch zu einer für alle Beteiligten annehmbaren Lösung geführt werden. Er verurteilt die unwürdigen Wohnverhältnisse für Arbeitnehmer, z. B. Baracken. Er begrüsst eine zeitgemässe Revision des Bundesgesetzes über die Förderung des Wohnungsbaues.

Die Unfall-, Kranken-, Alters- und Invalidenversicherungen sind, trotz beachtlicher Verbesserungen immer noch ungenügend. Der Kongress begrüsst deshalb die sozialdemokratischen Initiativen für den Ausbau der Alters-, Hinterlassenen- und Krankenversicherung und unterstützt die Bemühungen für den Ausbau der schweizerischen Unfallversicherung. Bei der Alters- und Hinterlassenenversicherung sind die noch bestehenden Lücken in der zweiten Säule, einschliesslich Freizügigkeit, durch paritätische Kassen zu schliessen. Der Kongress fordert das uneingeschränkte Mitsprache- und Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer in den betrieblichen Vorsorgeeinrichtungen.

Die Lohn- und Einkommenspolitik steht weiterhin im Mittelpunkt der gewerkschaftlichen Aktionen. Das Optimum an Gerechtigkeit in der Verteilung des Wirtschaftsertrages ist noch keineswegs erreicht. Der Kongress erneuert deshalb die Forderung auf Gleichstellung der Arbeitnehmer in Werkstatt und Büro sowie von Mann und Frau bei den Löhnen und Sozialleistungen, insbesondere hinsichtlich Anstellung und Kündigung. Lohngarantie bei Krankheit und Unfall und allgemeiner Sozialleistungen. Gleichzeitig postuliert er eine den erhöhten Leistungsanforderungen angemessene Verlängerung der Ferienansprüche.

Die Entwicklungen und Wandlungen in Wirtschaft und Gesellschaft stellen nicht nur an das berufliche Wissen und Können, sondern auch an die Urteilsfähigkeit der Arbeitnehmer höhere Anforderungen. Der Kongress fordert deshalb die Gewährung bezahlter Bildungsurlaube in vertraglich festzusetzendem Ausmass. Die den Gewerkschaften durch die vielfältige Entwicklung gestellten Probleme erfordern die Solidarität aller Arbeitnehmer. Sie können und müssen durch vertragliche Vereinbarungen oder gegebenenfalls durch das Gesetz gelöst werden.

Der Kongress ruft in Erinnerung, dass der SMUV die Vertragspolitik als ein Mittel der gewerkschaftlichen Aktion und nicht als Ziel betrachtet. Die Vertragspolitik lässt sich nur durch die erreichten Resultate rechtfertigen. Sie ist das Ergebnis einer ständigen Überprüfung der zu wählenden Mittel, die von den Verbandsmitgliedern demokratisch diskutiert und bestimmt werden. Die Arbeitgeber, die von der ungestörten Kontinuität der Produktion profitieren, müssen deshalb dem SMUV die gewerkschaftliche Präsenz im Betrieb zugestehen.

SMUV Schweiz. Geschäftsbericht 1970.

SMUV Schweiz > Kongress SMUV 1970. Resolution. Geschäftsbericht 1970